Von 1849 zum Ausgleich 1867

Helmut Kobelbauer (Sinabelkirchen)

Vortrag in Sopron (Ödenburg), 6. Mai 2017

In den langen und wechselhaften Beziehungen zwischen dem Haus Habsburg und der ungarischen Nation war Samstag, 6. Oktober 1849, einer der schlimmsten Tiefpunkte. An diesem Tage wurden in Arad 13 ungarische Patrioten oder – je nach Standpunkt – Hochverräter und zugleich in Budapest der ehemalige ungarische Ministerpräsident, Graf Lajos Batthyány, hingerichtet.



Die 13 Märtyrer von Arad: KNEZIĆ Károly, NAGYSÁNDOR József, DAMJANICH János, AULICH Lajos, LAHNER György, PÖLTENBERG Ernő, LEININGEN-WESTERBURG Károly, TÖRÖK Ignác, VÉCSEY Károly, KISS Ernő, SCHWEIDEL József, DESSEWFFY Arisztid, LÁZÁR Vilmos. Lithografie von Miklós Barabás



Gedenktafel am Schloss Burgau



Als „Henker von Arad“ wurde so der ausführende General, Julius Jacob von Haynau (1786 – 1853), bekannt, der sich bereits in der Unterdrückung der italienischen Aufständischen 1848 einen besonderen Ruf als „Hyäne von Brescia“ erworben hatte. Sein aggressives und rücksichtsloses Vorgehen half ihm bei der Niederschlagung der ungarischen Truppen, führte aber nach Beendigung der Kämpfe rasch zu einem Konflikt mit dem Kriegsminister, sodass Haynau bereits 1850 den Dienst quittierte.

Er hatte sich auch dagegen ausgesprochen, den russischen Zaren um militärische Hilfe zu bitten, war er doch überzeugt gewesen, dass Österreich selbst mit den aufständischen Ungarn fertig werden würde und nur so als wirklicher Sieger aus der Auseinandersetzung hervorgehen konnte.

Solche Zweifel hegten auch andere hohe Militärs und Beamte; umsomehr, als der junge Kaiser mit seinem Ministerpräsidenten, Felix Fürst zu Schwarzenberg (1800 – 1852), am 21. Mai 1848 den russischen Zaren Nikolaus I. in Warschau traf und am Balkon des Łazienki-Palastes dessen Hand küsste, was im alten feudalen Denken eine Art Unterwerfung signalisierte. Ob es allerdings dem Hause Habsburg ohne die Unterstützung der russischen Truppen gelungen wäre, die aufständischen Ungarn niederzuwerfen, muss dahingestellt bleiben; als wahrscheinlich kann es nicht gelten.



Felix Fürst zu Schwarzenberg

Zar Nikolaus I. war vom brutalen Vorgehen Haynaus nicht angetan und legte – letztlich zu spät und daher vergeblich – Protest ein; erst am 26. Oktober 1849 befahl der Kaiser unter dem Einfluß Schwarzenbergs, dass keine Hinrichtungen wegen Revolutionsdelikten mehr stattfinden dürften. Für die internationale Empörung insbesondere über die Hinrichtung des ungarischen Premiers kam dies zu spät.



Es bekamen aber nicht nur ehemalige ungarische „Aufständische“ die harte Hand des jungen und unerfahrenen Kaisers Franz Joseph zu spüren, sondern es zeigte sich das Haus Habsburg auch gegenüber Freunden und Verbündeten wenig dankbar. So blieben die hohen Erwartungen des Banus von Kroatien, Joseph Jelačić von Bužim (1801 – 1859), der an der Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstandes maßgeblich beteiligt war, auf eine Aufwertung der kroatischen Stände gegenüber dem ungarischen Adel ebenso unerfüllt wie die politischen Hoffnungen der anderen nationalen oder religiösen Minderheiten im Königreich Ungarn.

Das Haus Habsburg war zu dieser Zeit eifrig bemüht, die abgezwungenen Zugeständnisse des Jahres 1848 möglichst rückgängig zu machen; so wurde etwa am 7. März 1849 der (liberale) österreichische Reichstag aufgelöst und die sogenannte „Oktroyierte Verfassung“ durchgesetzt. Jedes Verständnis dafür, dass Untertanen auch Rechte gegen die Dynastie haben könnten, blieb dem von seiner Mutter, Erzherzogin Sophie Friederike von Bayern (1805 – 1872), in dem Prinzip des absoluten Gottgnadentums erzogenen Kaiser Zeit seines Lebens erspart.

Aber bereits am 3. Januar 1849 musste die Nationalbank den Haushalt des von Gott möglicherweise gesegneten Österreich mit einem Darlehen von 80 Millionen Gulden stützen; in den nächsten Jahren wurden insgesamt 500 Millionen Gulden aus den Provinzen herausgepresst. Diese Unsumme, die auch noch – wie etwa zehn Jahre später ans Licht der Tagespresse kam – mit massiven Unterschleifen, Bestechungen und grassierender Ineffizienz verbunden war, verschwand mehr oder weniger spurlos im Budget der Armee, die neben der katholischen Kirche und dem deutsch-böhmischen Hochadel als die einzig verlässliche Stütze der Dynastie betrachtet wurde.

Vor allem die reichen italienischen Provinzen wurden bis aufs Äußerste geschröpft, was sich in einer gewissen politischen Gereiztheit dieser gelegentlich undankbaren Untertanen niederschlug.

Gegen die vor allem im Norden Italiens aktive Unabhängigkeitsbewegung blieb Österreichs Armee unter dem bereits greisen Heerführer Radetzky gegen Sardinien in der Schlacht von Novara (23. März 1849) siegreich und schlug am 24. August 1849 die revolutionäre Republik von Venedig nieder. Der bekannteste Führer des ungarischen Aufstandes, Lajos Kossuth, ging im August 1849 ins Exil ins Osmanische Reich; bis zu seinem Tod 1894 in Turin blieb er ein unerbittlicher Feind der habsburgischen Restauration.



Josef Graf Radetzky um 1850



Schlacht von Novara



Lajos Kossuth



Das Kaiserreich Österreich und sein Umfeld in 1850

Die Vision des Hauses Habsburg, so würde dies heute wohl genannt werden, bestand in der Wiederherstellung der Verhältnisse, so wie sie bestanden hatten, ehe Kaiser Franz II. im Jahre 1806 das (seit langem an Auszehrung leidende) „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ für aufgelöst erklärt hatte und sich – seit 1804 als Kaiser Franz I. – auf die Führung der österreichischen Länder zurückgezogen hatte. Dass diese Vision großartig war, ist unbestritten; nur entbehrte sie jeder Chance einer auch nur ansatzweisen Realisierung. Der Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung etwa in den rheinischen Provinzen Deutschlands mit den zurückgebliebenen herrschaftlichen Gütern in Galizien, in Ungarn, ja selbst in einigen Kronländern Österreichs, sagt alles.

Wie wir heute wissen, ging freilich die wirkliche Gefahr für die damalige Großmacht Österreich weder von Italien noch von Ungarn aus, nicht einmal von den Erbfeinden Frankreich oder Osmanisches Reich, sondern von den ehrgeizigen Plänen des Königs von Preußen, der darauf sann, die ganze deutsche Kleinstaaterei unter seiner Führung zu vereinigen, was ihm letztendlich 1871 auch gelang.

Allerdings gab es auch Mitglieder des Hauses Habsburges, die ein Verständnis für die Notwendigkeit weitreichender wirtschaftlicher wie politischer Reformen entwickelten, so etwa den „Prinzen von Meran“, Erzherzog Johann von Österreich (1782 – 1859), den jüngsten Bruder des Kaisers Franz I.



Erzherzog Johann von Österreich
in verschiedenen Lebensstadien

Im hohen Alter von 66 Jahren wurde dieser mit einer Bürgerlichen verheiratete und daher am Wiener Hof als Renegat betrachtete und systematisch kaltgestellte Prinz vom sogenannten Pauls-Parlament in Frankfurt als Reichsverweser (nach heutigen Begriffen: Staatspräsident) berufen und am 29. Juni 1848 ebenda mit hohen Ehren empfangen. Freilich war er schon zu alt, als dass er dieses unvermutete und auch eher verschwommen definierte Amt noch mit Kraft hätte ausüben können, und seine Opposition etwa gegen den Staatskanzler Metternich war immer zahnlos geblieben. Die unverbrüchliche Feindschaft der streng konservativen Erzherzogin Sophie war ihm dennoch sicher.

Vorsorglich war im Reichsgesetz 19 vom 11. Dezember 1848 ein Erlass des Ministeriums des Innern „*an die Länderchefs in Wien, Grätz, Laibach, Triest, Brünn, Linz und Prag*“ ergangen, „*womit jeder Schriftwechsel der k. k. Behörden mit dem Reichsministerium in Frankfurt, sowie die Publication von Beschlüssen der Frankfurter=Nationalversammlung und von Reichsgesetzen ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern untersagt wird*“.

Da Franz Joseph I. erst am 2. Dezember 1848 in Olmütz durch die Abdankung seines Vorgängers Ferdinand I. und den Thronverzicht seines Vaters Franz Carl zum Kaiser von Österreich gekrönt worden war, zeugt die zeitliche Nähe dieses Erlasses von der Sorge vor allem der Erzherzogin Sophie und ihrer politisch Vertrauten, die in Frankfurt in Ausarbeitung befindliche Verfassung könnte auch auf Österreich ausstrahlen und den in Kremsier tagenden „liberalen“ Reichstag beeinflussen.

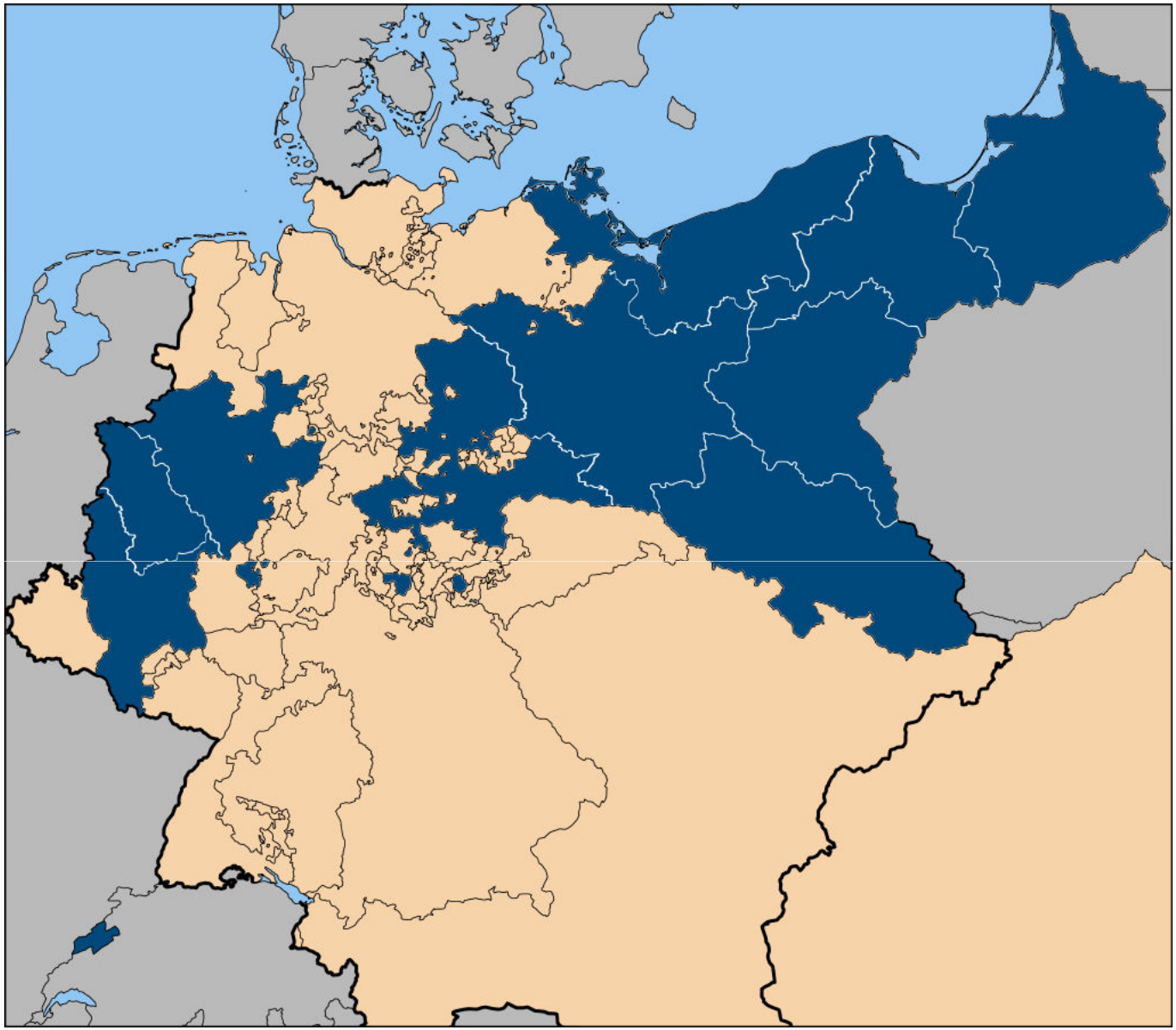


Kaiser Franz Joseph I. im Alter von 22 Jahren. Portrait von Theodor Sockl (1852)

Obwohl sich Preußen unter seinem Hohenzollern-König Friedrich Wilhelm IV. (1795 – 1861) nach Kräften bemühte, die Habsburger aus allen Anstrengungen um die Zusammenführung der zahlreichen deutschen Fürstentümer in einen gemeinsamen Staat zu verdrängen, blieb Kaiser Franz Joseph Zeit seines Lebens ein „deutscher Prinz“ und konnte sich nicht damit abfinden, dass – insbesondere nach der Niederlage von 1866 – die historische Mission der Donaumonarchie in den Osten und Südosten Europas umgelenkt worden war.



Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.
Porträtaufnahme von Hermann Biow,
Daguerrotypie von 1847

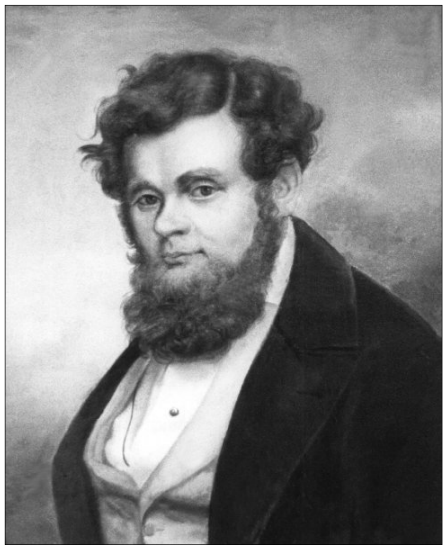


Preußen im Deutschen Bund nach den Napoleonischen Kriegen in dunkelblauer Farbe (1815).
Quelle: *Based on map data of the IEG-Maps project (Andreas Kunz, B. Johnen and Joachim Robert Moeschl: University of Mainz)* - *www.ieg-maps.uni-mainz.de*



Der Deutsche Bund (1815 – 1866).

Quelle: *Von ziegelbrenner - own drawing/Source of Information: Putzger – Historischer Weltatlas, 89. Auflage, 1965; Westermanns Großer Atlas zur Weltgeschichte, 1969; Haacks geographischer Atlas. VEB Hermann Haack Geographisch-Kartographische Anstalt, Gotha/Leipzig, 1. Auflage, 1979; dtv-Atlas zur Weltgeschichte Band 1: Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution; 23. Auflage 1989, ISBN 3-423-03002-X, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=3414903*



Wie wenig dieses prinzipielle Bekenntnis zur deutschen Nation aber in der polizeilichen Realität wert war, kann am Schicksal des Robert Blum, Abgeordneter zur Frankfurter Nationalversammlung und dort einer der führenden Köpfe der „Demokraten“, nachvollzogen werden: Als er – im Vertrauen auf seinen Status als Abgeordneter – am Oktoberaufstand 1848 auf der Seite der Revolutionäre an der Verteidigung Wiens gegen die kaiserlich österreichischen Truppen teilnahm, wurde er nach der Niederschlagung dieses Aufstandes standgerichtlich zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Robert Blum (1807 – 1848)

Andererseits machte Österreich nach der Revolution von 1848 eine betont deutsche Politik und versuchte, die führende Kraft im Deutschen Bund zu bleiben beziehungsweise die immer mehr schwindende Macht gegenüber Preußen zurückzugewinnen. Diesem Ziel suchte die Mutter des Kaisers durch traditionell habsburgische Heiratspolitik näher zu kommen und wäre diesfalls sogar bereit gewesen, eine Braut aus dem protestantischen Haus Hohenzollern zu akzeptieren (selbstredend erst nach Konversion zum allein richtigen katholischen Glauben).



Erzherzogin Sophie von Bayern (1805 – 1872),
Mutter des späteren Kaisers Franz Joseph I.,
gerüchteweise der „einzige Mann“ am Habsburgerhof

So fuhr der junge Kaiser im Winter 1852 unter einem politischen und familiären Vorwand nach Berlin und verliebte sich prompt in eine Nichte des preußischen Königs. Es konnte sich aber Erzherzogin Sophien's Schwester, Königin Elise von Preußen, gegen die dortigen Politiker nicht durchsetzen, und wurde daher Franz Joseph abschlägig beschieden. Ein zweiter Versuch um die Verstärkung des österreichischen Einflusses in Deutschland scheiterte in Dresden, wo die kränkliche sächsische Prinzessin Sidonie dem Kaiser nicht gefiel. Erst der dritte Anlauf, eine Verbindung mit einer Nebenlinie des bayrischen Königshauses, gelang – wenn auch quasi mit der „falschen" Braut.



Elisabeth von Österreich

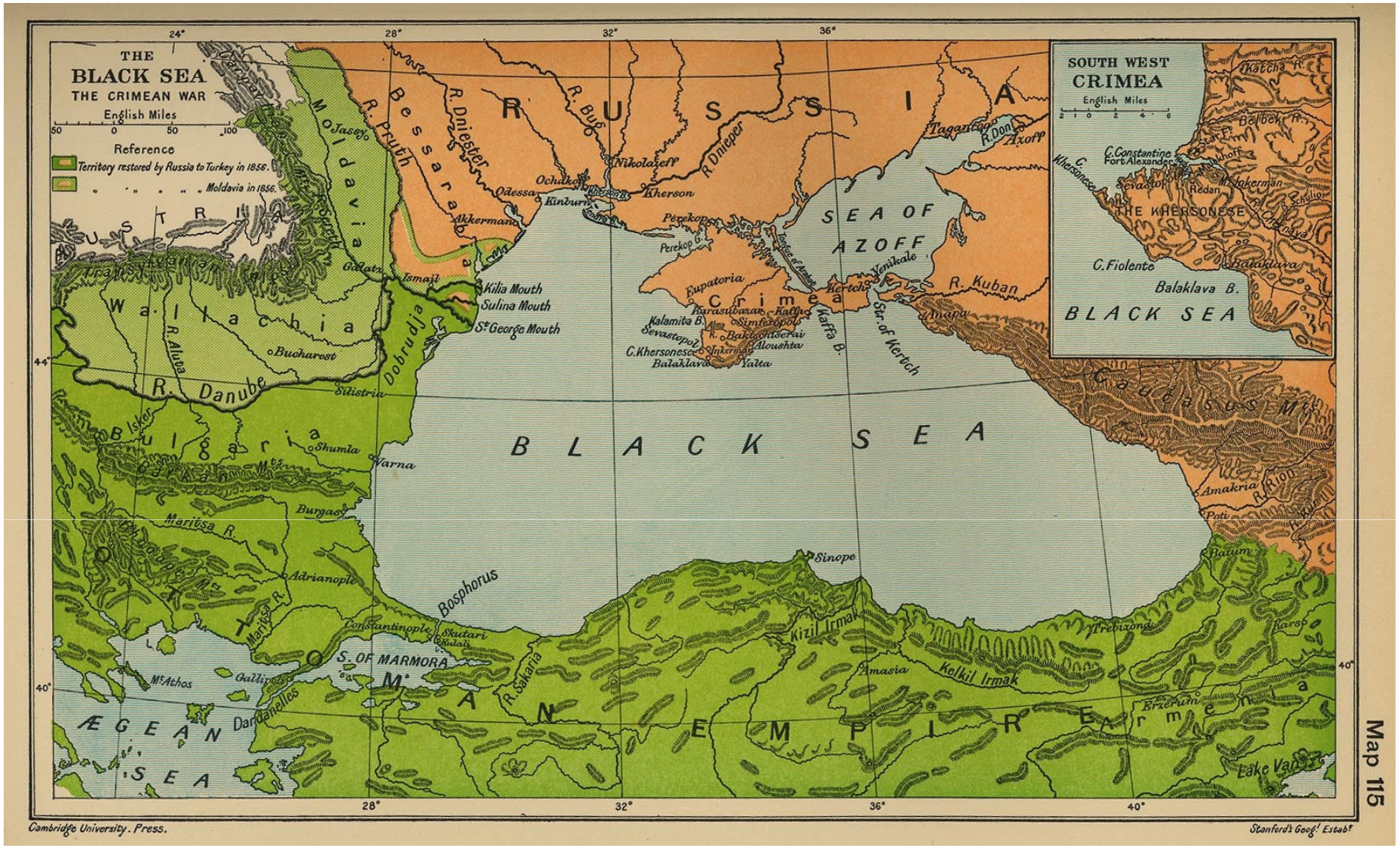


Franz Joseph I. von Österreich

Die politische Lage im August 1853 war allerdings romantischen Verlobungsplänen nicht hold: Der Krimkrieg war ausgebrochen – es ging um handfeste wirtschaftliche Interessen der europäischen Großmächte in dem sich der Auflösung nähernden Osmanischen Reich. Im Juli 1853 hatten russische Truppen die Donaufürstentümer besetzt; Zar Nikolaus rechnete mit österreichischer Unterstützung und bot als Lohn die türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina an. In dieser verworrenen Lage waren die Ratgeber des Kaisers nicht einig; manche wollten – wie etwa Radetzky – auf der russischen Seite kämpfen, andere auf der Seite der Engländer und Franzosen. Franz Joseph war unentschlossen und der schwierigen Situation nicht gewachsen. So fuhr er nach Ischl und betrieb seine Heiratsgeschäfte (über die hier nicht zu berichten ist: Die Geschichte ist bekannt genug). Das monatelange Zögern des unerfahrenen und durch seine Verlobung mit Elisabeth abgelenkten Kaisers wirkte sich für Österreich verhängnisvoll aus.

Am 1. Oktober 1853 erklärte das Osmanische Reich Russland den Krieg. Die Bedeutung dieses Kriegs für Österreich wurde in Wien nicht erkannt: Die Minister des Kaisers, insbesondere Außenminister Buol, waren schwach, hatten bestenfalls eine Beraterfunktion. Überdies wurde gerade in diesem Oktober die österreichische Armee aus Geldmangel drastisch reduziert. Der Kaiser selbst schwankte in seinem Urteil hilflos hin und her, vertraute aber auch in seinen Allmachtsfantasien keinem erfahrenen Politiker, weil er zu sehr von seiner eigenen kaiserlichen Majestät überzeugt war.

Der Geldmangel prägte nicht nur das gesamte wirtschaftliche (und militärische) Erscheinungsbild der Habsburger-Monarchie, sondern auch die Lage der kaiserlichen Familie. Der Zwiespalt zwischen Anspruch und Wirklichkeit war gerade in diesen Monaten besonders spürbar, schlitterte doch die österreichische Wirtschaft aus einer Finanzkrise in die andere, wofür die überaus hohen Kosten für das Militär bei jahrelangem Belagerungszustand verantwortlich waren.



Wichtigste Schauplätze des Krimkrieges: Krim, Küste Südrusslands, Nordküste der Türkei und die Donaufürstentümer

Dazu kam gerade im Jahre 1853 eine große Mißernte in Österreich, wo noch 29 von rund 40 Millionen Einwohnern von der Landwirtschaft lebten. Die Folge waren Arbeitslosigkeit und Hungersnöte in einem heute nicht mehr vorstellbaren Ausmaß.

Am 20. April 1854 schlossen Preußen und Österreich einen Bund, um den Abzug der Russen aus den Donaufürstentümern zu erzwingen. Franz Joseph ging damit auf einen antirussischen Kurs, schloß sich aber nicht den Westmächten an und machte sich letzlich beide Parteien zu Feinden. Im Juni 1854 verlangte Franz Joseph von Zar Nikolaus I. in einem außerordentlich scharfen Brief, die von Russland besetzten Donaufürstentümer zu räumen. Damit zerriß er das persönlich enge Band zu Nikolaus, der ihm während der Revolution 1848/1849 mit seinen Truppen immerhin sein Reich hatte sichern helfen. Der schwer enttäuschte Zar wandte sich von Österreich ab; diese Vorkommnisse leiteten eine lange Phase anti-österreichischer russischer Politik ein, die bis zum Ersten Weltkrieg hin ausstrahlen sollte.



Zar Nikolaus I. Pawlowitsch Romanow (1796 – 1855)

Im Herbst 1854 mobilisierte Österreich dann seine gesamte Armee gegen Russland. Das Geld für die Mobilisierung konnte der bankrottreife Staat jedoch nicht aufbringen. Es wurde eine „Nationalanleihe“ von über 500 Millionen Gulden aufgelegt, um dieses militärisch sinnlose Abenteuer des Kaiserhauses zu finanzieren.

Der neue Finanzminister Bruck stand im Frühjahr 1855 vor der ungewöhnlichen Situation, daß für die Erhaltung des Militärs allein um 36 Millionen Gulden im Jahr mehr ausgegeben wurden, als die gesamten Einnahmen des Staates ausmachten.

Um für die Mobilisierung im Krimkrieg neben den Steuern, der Anleihe und zweifelhaften Bankmanipulationen noch mehr Geld aufzubringen, verkaufte Österreich sogar seine Eisenbahnen und Kohlenwerke an einen französischen Bankier – ein höchst zweifelhaftes Geschäft, denn man erhielt nur etwa die Hälfte der Summe, die die Eisenbahnen gekostet hatten. Der Verkauf sollte sich schon bald als verhängnisvoll herausstellen. Denn im Krieg mit Frankreich 1859, also einige Jahre später, konnte Österreich bei seinen Truppentransporten nicht auf die Zuverlässigkeit des französischen Eisenbahnpersonals rechnen. Die Bahnen mußten von Österreich zu einem weit höheren Preis zurückgekauft werden.

In allen Provinzen Österreichs herrschten Teuerung und Hungersnot. Die Cholera brach aus, zuerst bei den in der Walachei zusammengezogenen Truppen. Die Kaiserfamilie wußte nicht, was bei den einfachen Leuten vor sich ging. Erzherzogin Sophie war von den Ideen eines absoluten Herrschertums ebenso überzeugt wie ihr Sohn, der zwar fleißig Akten las, aber die Menschen nicht kannte und es auch nicht für nötig hielt, sie zu kennen.

Nach dem Abzug der russischen Truppen aus den Donaufürstentümern kam es so zu einer Sicherung dieser Gebiete durch „neutrale“ österreichische Truppen – in militärischer Hinsicht nicht wirklich von Belang, aber Anlass für ein interessantes Nebenkapitel der österreichischen Postgeschichte (Feldpost bzw. sogenannte konsularische Posteinrichtungen im späteren Rumänien), worüber in den letzten Jahren sowohl umfassende Werke des Münchners Gertlieb Gmach als auch ein Juwel, das Bändchen von Ferenc Nagy aus Wien, erschienen sind.

Am Ende des Krimkrieges stand Österreich ohne jeden Bundesgenossen und ohne jeden Gewinn aus allen seinen erheblichen militärischen und finanziellen Aufwendungen da. Die Staatsfinanzen waren zerrüttet, etwa 30.000 Soldaten waren bei der Mobilisierung an Krankheiten, vor allem der Cholera, gestorben. Und dies alles in einer Zeit, als sich sowohl in Italien als auch in Deutschland die nationalen Einigungsbewegungen gegen Österreich formierten und auch hier politische wie militärische Auseinandersetzungen bevorstanden. Der in Wien als Emporkömmling verspottete Napoleon III. dagegen profitierte durch geschickte Politik von dieser europäischen Krise. Nun bestimmte Frankreich die europäische Politik, und nicht mehr Österreich.



Napoleon III. (1808 – 1873), französischer Staatspräsident, ab 1852 französischer Kaiser. Gemälde von Franz Xaver Winterhalter

Als philatelistisch Interessierte wissen wir, dass die erste Briefmarkenausgabe Österreichs am 1. Juni 1850 verausgabt wurde und dass damals 60 Kreuzer gleich einem Gulden waren. Diese Ausgabe wurde im Rahmen einer Währungsreform am 1. November 1858 durch die zweite Ausgabe, nun in Neukreuzer, von denen 100 auf einen Gulden gingen, abgelöst. Entscheidender Grund dieser Währungsumstellung war der *de facto* Bankrott der Habsburger-Monarchie nach dem Krimkrieg.

In der Mitte der 1850er Jahre begannen sich die Verhältnisse in Österreich etwas zu normalisieren: So wurde etwa der Belagerungszustand in Ungarn, der Lombardei und Venetien am 23. April 1854 anläßlich der Hochzeit des jungen Paares aufgehoben. Neue politische Strömungen in Ungarn um den „größten Ungarn“, Graf István Széchenyi (1791 – 1860), den späteren Architekten des Ausgleichs, Ferenc Deák (1803 – 1876), sowie Graf Gyula Andrássy (1823 – 1890), trugen das Ihre dazu bei, das verkrampfte Verhältnis zur autokratischen österreichischen Verwaltung etwas zu entspannen.

Einen unerwarteten Beitrag in diese Richtung leistete Kaiserin Elisabeth, die so etwas wie eine politische Hoffnung aller jener wurde, die sich unter dem neoabsolutistischen Regime nicht wohl fühlten. Manche Milderung der übertrieben strengen Strafen und anderen Maßnahmen wurde ihr zugeschrieben. Sie galt auch als Gegnerin des Konkordats, das auf Betreiben der Erzherzogin Sophie in 1855 abgeschlossen worden war und der katholischen Kirche etwa das gesamte Schulwesen und damit die Erziehung der Jugend in die Hände gab. Wiederholt trat Elisabeth für die Sache der Ungarn ein; ihr Einfluss nahm vor allem nach der lange erwarteten Geburt eines Thronfolgers am 21. August 1858 zu.

Die ersten Berührungspunkte zwischen Elisabeth und den Vertretern der ungarischen politischen Elite ergaben sich anläßlich eines Besuches des Kaiserpaares in Ungarn im Jahre 1857. Die Beziehungen zwischen Wien und Budapest waren damals höchst gespannt. Denn Innenminister Bach hatte den Ehrgeiz, ganz Österreich zu einem einheitlichen, zentralistisch gelenkten Reich zu machen und das unbotmäßige Ungarn „gleichzuschalten“. Die alte ungarische Verfassung war aufgehoben. Die Revolutionäre von 1848 befanden sich in der Emigration, ihre Güter waren beschlagnahmt. Der Wiener Hof, repräsentiert durch Erzherzogin Sophie, aber auch durch den Militärgouverneur von Ungarn, Erzherzog Albrecht, war extrem ungarnfeindlich.



Alexander Freiherr von Bach
(1813 – 1893), Innenminister



Erzherzog Albrecht
(1817 – 1895),
Militärgouverneur von
Ungarn

Im Laufe der Jahre waren die Spuren der ungarischen Revolution beseitigt worden: Die Banknoten trugen nun wieder die gewohnten allegorischen Darstellungen, die neu eingeführten Briefmarken galten gleichermaßen im gesamten Kaiserreich, und selbst die Vorrechte der „ungarischen Nation“, als welche sich der dortige Adel betrachtete, waren aufgehoben worden, sodass sie erstmals auch Stempelgebühren für ihre Rechtsgeschäfte zu entrichten hatten.



Banknote zu 1000 Gulden CM, gültig
1. Juli 1851 bis 31. Mai 1859



Erste Serie österreichischer Stempelmarken (herausgegeben 1854)

Im selben Jahr 1854 wurde aber auch die später – wegen ihrer kühnen, geradezu für unmöglich gehaltenen Konstruktion der Scheitelstrecke – zu Weltruhm gelangte Semmeringbahn fertiggestellt, sodass nun eine durchgängige Eisenbahnfahrt von Wien nach Graz möglich war. Bis 1857 wurde diese sogenannte Südbahn nach Triest verlängert, was neben den offenkundigen Vorteilen für den Handel selbstredend auch militärische Gründe hatte.



Personenzug zwischen Feldkirchen/Ktn. und Villach:
Detail aus: R. HEINERSDORFF, Die k.u.k. Eisenbahnen 1860-1914, Wien 1994, S. 58.

Die Lage in den italienischen Provinzen hatte sich in den Jahren seit 1849 stetig verschlimmert, ganz Italien war im Aufruhr und die Einigungsbewegung schien unaufhaltsam. Nicht nur das Königreich Neapel-Sizilien war bedroht, auch die habsburgischen Fürstentümer in Toskana und Modena und die österreichischen Provinzen in Oberitalien, die Lombardei und Venetien. Durch ein geheimes Bündnis mit Frankreich gedeckt, schürte Piemont-Sardinien die politische Unruhe, um Österreich zu einem militärischen Eingreifen zu provozieren.

Die österreichische Politik fiel ahnungs- und hilflos auf diesen Schachzug herein. Am 23. April 1859 sandte Kaiser Franz Joseph ein Ultimatum nach Turin mit der Forderung, die „*Armee auf den Friedensfuß zu setzen und die Freischaaren zu entlassen*“. Das Ultimatum wurde von Graf Cavour, dem Ministerpräsidenten des Königreichs Sardinien, abgelehnt und als willkommener Anlaß zum offenen Konflikt mit Österreich betrachtet.

Österreichische Truppen marschierten im Piemont ein – und waren vor aller Welt die Angreifer. Frankreich kam dem kleinen Land zu Hilfe.



Camillo Besno Graf von Cavour (1810 – 1861).
Porträt von Francesco Hayez

Nun, als der Krieg bereits ausgebrochen war, versuchte Franz Joseph, Hilfe des Deutschen Bundes, vor allem aber Preußens zu bekommen: „*Ich spreche als Fürst im Deutschen Bunde, wenn ich auf die gemeinsame Gefahr aufmerksam mache.*“ Aber von gesamtdeutscher Solidarität konnte nicht die Rede sein. Die preußische Politik hatte ganz andere Ziele – eine Schwächung des österreichischen Rivalen kam Berlin nur gelegen. Österreich blieb ohne Hilfe.

Trotz großer Tapferkeit der von Hunger und Desorganisation gepeinigten Truppen ging die Schlacht bei Magenta wegen Unfähigkeit der Generäle verloren. Nach dieser peinlichen und blutigen Niederlage wurde dem kommandierenden General Gyulai der Oberbefehl entzogen. Als der Kaiser die desolate Lage Österreichs erkannte, fuhr er nach Oberitalien, um durch seine Anwesenheit die Soldaten zu ermuntern. Am 18. Juni 1859 übernahm er selbst den unmittelbaren Oberbefehl. Dieser Entschluß des 29jährigen, strategisch unerfahrenen Kaisers stieß auf heftige Kritik, die sich nur zu bald als berechtigt erweisen sollte. Denn die nächste Schlacht, die bei Solferino (24. Juni 1859), war die blutigste und verlustreichste dieses unglücklichen Krieges überhaupt und besiegelte die endgültige Niederlage. Das Schlachtfeld von Solferino war ein alle Phantasie überbietendes Schrecknis in brennender Sonne. (Erschüttert von der Hilflosigkeit der Verwundeten entschloß sich hier in Solferino Henri Dunant, das Internationale Rote Kreuz zu gründen.)



Darstellung der Schlacht bei Magenta von Adolphe Yvon

Mangelhafte strategische Fähigkeiten des Kaisers, verbunden mit überhasteten Entschlüssen zum Rückzug, waren hauptverantwortlich für die Niederlage. Das böse Schlagwort „*Löwen von Eseln geführt*“ machte die Runde und traf in erster Linie den jungen Kaiser. Seit Beginn seiner Regierung hatte er sich für nichts so interessiert wie für das Militär. Für nichts war so viel Geld ausgegeben (und so viele Schulden gemacht) worden, und nun endete alle Ambition in einer riesigen Blamage und einem Blutbad.

Kaiser Franz Joseph mußte die Folgen der Niederlage voll auskosten. Nie in seinem Leben war er so unbeliebt wie in diesen Monaten. Der Unmut der verarmten Bevölkerung, die der miserablen Politik und Kriegsführung Zehntausende von Toten anlastete, die für eine ohnehin unhaltbare Provinz hatten fallen müssen, äußerte sich sogar in offenen Aufrufen, der Kaiser möge abtreten und seinem jüngeren, liberaler gesinnten Bruder Max die Regierung übertragen.

Im Präliminarfrieden von Villafranca di Verona (11. Juli 1859), dann bestätigt im Frieden von Zürich (10. November 1859), mußte Österreich die Lombardei abtreten, seine ehemals reichste Provinz, die seit dem Wiener Kongreß in österreichischem Besitz gewesen war. Venetien blieb noch bei Österreich; jedoch glaubte niemand, daß diese letzte italienische Provinz noch lange zu halten sein würde.

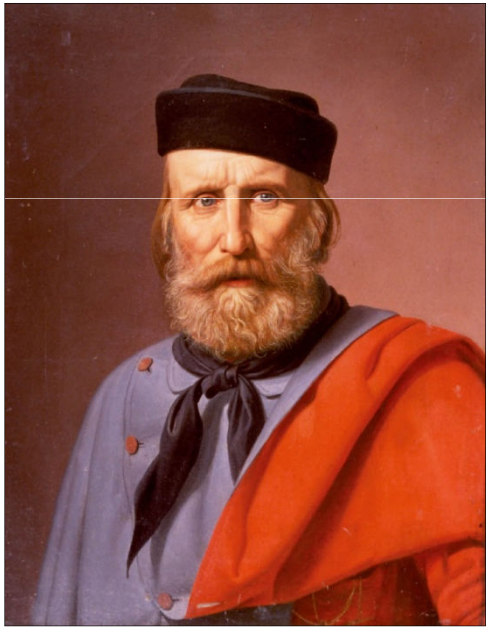
Ungeheuerliche Korruptionen im Militär- und Finanzwesen kamen ans Licht. Finanzminister Bruck schnitt sich aus Verzweiflung über das kaiserliche Mißtrauen die Kehle durch. Minister und Generäle wurden abgelöst, nach Außenminister Buol der Innenminister Bach, Polizeiminister Kempen, General Gyulai, General Heß. Mit aller Kraft wehrte sich Kaiser Franz Joseph gegen eine Beschneidung seiner absoluten Herrschergewalt. Erzherzogin Sophie unterstützte ihn. Sie verabscheute den „Volkswillen“ und faßte ihn als Verbrechen an der kaiserlichen Majestät auf.



Napoleon III. in der Schlacht von Solferino

Unter dem Druck der politischen Verhältnisse und möglicherweise auch beeinflusst von einer schweren Ehekrise bequemte sich Franz Joseph dann doch zu einem ersten Zugeständnis an die freiheitsdürstenden Österreicher und erließ das Oktoberdiplom 1860, der Anfang einer Verfassung. Seiner Mutter schrieb der Kaiser freilich: „*Wir werden zwar etwas parlamentarisches Leben bekommen, allein die Gewalt bleibt in meinen Händen und das Ganze wird den österreichischen Verhältnissen gut angepaßt sein.*“ Doch selbst dieses bescheidene Zugeständnis wurde von dem bisher absolut regierenden Kaiser als persönliche Demütigung empfunden.

Auch andere nahe Verwandte kamen in den Genuss solcher Umbrüche und Demütigungen. So etwa die 20jährige Königin Marie von Neapel, eine jüngere Schwester der Kaiserin Elisabeth: sie musste mit ihrem Mann nach Rom fliehen. Eine Welle von Aufständen 1860 beendete auch die Herrschaft österreichischer Sekundogenituren in Ober- und Mittelitalien (Modena, Toskana), sodass – gemeinsam mit den Erfolgen Guiseppe Garibaldis in Süditalien – der Weg für die Gründung des Königreichs Italien frei war. Dennoch blieb mit Venetien, dem Trentino und Triest noch ein wesentlicher Anteil italienischer Bevölkerung unter habsburgischer Herrschaft.

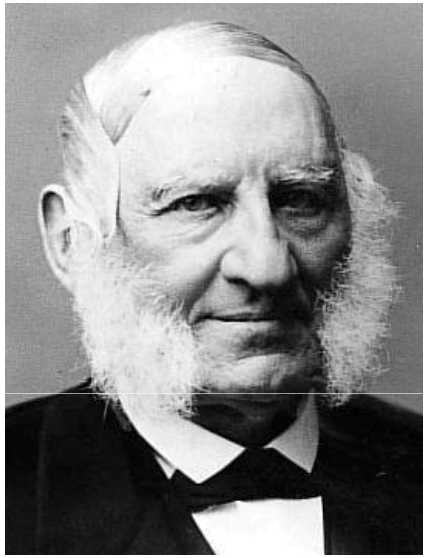


Guiseppe Garibaldi (1807 – 1882),
italienischer Guerillakämpfer

Innenpolitisch versuchte Franz Joseph durch Einberufung eines verstärkten Reichsrates und Ernennung einer Regierung unter dem Polen Agenor Gołuchowski, den Forderungen des liberal gesinnten Bürgertums die Spitze zu nehmen; Gołuchowski musste freilich schon im Dezember 1860 wieder zurücktreten. Letztlich blieb dem Kaiser keine andere Wahl, als den gemäßigten Deutschliberalen die Regierungsgewalt zu überlassen.



Agenor Gołuchowski der Ältere (1812 – 1875)



Anton Ritter von Schmerling (1805 – 1893)

Das Februarpatent – publiziert am 26. Februar 1861 – sah eine starke Modifikation der Verfassung in Richtung auf eine Verstärkung des Zentralismus vor. Das als unwiderruflich erklärte Oktoberdiplom hatte also nicht einmal vier Monate gehalten. Der zum Staatsminister berufene Anton Ritter von Schmerling schaffte es, sich etwas länger als sein polnischer Vorgänger an der Regierung zu halten, obwohl auch das Unbehagen über das Schmerlingsche Lösungsmodell groß war. Vor allem die Ungarn traten gegen Schmerling auf; noch immer war ja im Kern die „Verwirkungstheorie“ (Verlust aller Privilegien des Landes als Strafe für die Beteiligung an der Revolution 1848/49) gültig, wenn auch mit Einschränkungen und Milderungen. Aber auch die anderen Nationalitäten lehnten die deutsche Vorherrschaft ab. 1865 musste Schmerling seinen Hut nehmen, kurzfristig kamen die Konservativen an die Macht.

Einen großen Fortschritt bildete die Formulierung eines Grundrechtskataloges im am 27. Oktober 1862 publizierten Staatsgrundgesetz, welches dann auch in die Dezemberverfassung vom 21. Dezember 1867 aufgenommen wurde. Dieser Grundrechtskatalog bildet auch heute noch einen Bestandteil der Verfassung der Republik Österreich und ist letztlich eine Liste von Verboten für den Staat in seinem Verhältnis zum Bürger, der Bürgerin (Briefgeheimnis, Hausrecht, Recht auf öffentliches Gerichtsverfahren usw.)

Einen ebenso kuriosen wie tragischen Verlauf nahm die Wahl des Bruders des österreichischen Kaisers, Erzherzog Maximilian, zum Kaiser von Mexiko. Den Versprechungen von Napoleon III. glaubend, kam Maximilian 1864 in dieses überseeische Land und kämpfte, die französischen Truppen der Fremdenlegion mit einem österreichisch-belgischen Freiwilligenkorps unterstützend, gegen die einheimischen republikanischen Kräfte. Als aber der US-amerikanische Bürgerkrieg (1861 – 1865) zu Ende gegangen war, griffen die siegreichen Politiker des Nordens in Mexiko zugunsten der Republik ein. Im Jahre 1867 zogen die Franzosen ihr Korps zurück, Maximilian wurde mit dem Rest seiner Truppen in Quereto eingeschlossen, gefangen und hingerichtet.



Erzherzog Ferdinand Max.
Lithographie von Joseph Kriehuber, 1854



Édouard Manet: Erschießung Kaiser Maximilians von Mexiko, 1868.

Außenpolitisch schob sich in dieser Periode der Verfassungsexperimente die sogenannte „deutsche Frage“ in den Vordergrund. Nachdem sich dieser Fragenkomplex – mit Ausnahme einer Episode im Jahr 1848 – stets im Sinn der großdeutschen Lösung entwickelt hatte, änderte sich das nach 1861 dramatisch. Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck und das strategische Genie Helmuth von Moltke wurden zu den Betreibern einer „kleindeutschen Lösung“, das heißt der Vereinigung der Deutschen unter Ausschluss der Habsburgermonarchie und unter der Führung der protestantischen Hohenzollern. Diese Entscheidung um die Führung in Deutschland sollte nach den Vorstellungen Bismarcks auch mit „*Blut und Eisen*“, also wenn nötig mit Waffengewalt, betrieben werden.



Otto von Bismarck (1815 – 1895) um 1862

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-R15449 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de,
https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5436363



Graf Helmuth von Moltke der Ältere (1800 – 1891)

Auslöser war ein Konflikt mit Dänemark 1863, der 1864 zum Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark führte. Dieses Königreich hatte sich nicht an die im Jahre 1852 eingegangenen Verpflichtungen gehalten und eine neue Verfassung angenommen, worauf der Deutsche Bund seine Rechte verletzt sah und die „Bundesexekutive“ gegen Dänemark beschloß.

Am 23. Dezember 1863 rückten 12.000 Mann Bundestruppen (Sachsen und Hannoveraner) in Holstein ein, das von den Dänen geräumt wurde. Im Raume Hamburg-Lübeck versammelte sich eine Reserve aus österreichischen und preußischen Truppen.

Das an Dänemark gerichtete Ultimatum wurde zurückgewiesen, damit begann am 1. Februar 1864 der Krieg gegen Dänemark und die in der Zwischenzeit zu einer Armee ausgebauten österreichischen und preußischen Truppen begannen, in drei Kolonnen in Dänemark einzurücken. Den Oberbefehl führte der preußische FM. von Wrangel. Daneben gab es auch eine Abordnung österreichischer Kriegsschiffe, welche unter Befehl des damaligen Linienschiffskapitäns von Tegetthoff bei Helgoland die dänischen Angreifer besiegte.

Die dänischen Truppen wurden geschlagen, am 20. Juli 1864 der Waffenstillstand und am 30. Oktober 1864 der Friede zu Wien geschlossen.



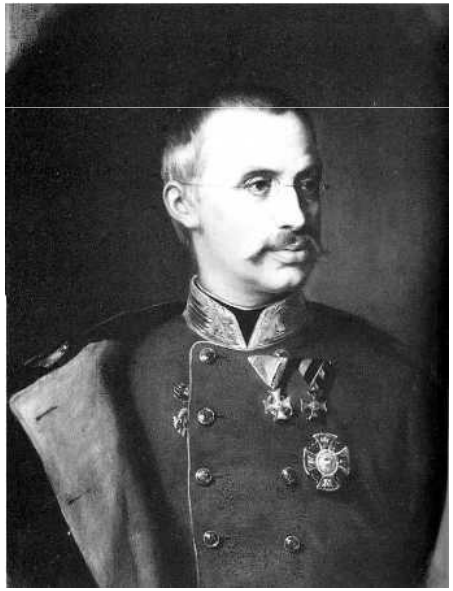
Wilhelm von Tegetthoff (1827 – 1871),
Vizeadmiral und Kommandant der österreichischen
bzw. später österreichisch-ungarischen Kriegsmarine

Schon bei der Aufteilung der Beute zeigten sich erhebliche Spannungen zwischen Preußen und der Habsburgermonarchie. Zusammen mit Fragen der Reform des Deutschen Bundes führte das letztlich zum Krieg zwischen der Habsburgermonarchie, die mit einigen deutschen Staaten verbündet war, und Preußen, das seinerseits in Italien einen geradezu natürlichen Bundesgenossen gefunden hatte.

In diesem Zweifrontenkrieg entschied sich der Kaiser dafür, den mit den oberitalienischen Verhältnissen bestens vertrauten Feldzeugmeister Benedek als Oberbefehlshaber der Nordarmee einzusetzen, wogegen dieser vergeblich Protest erhob. An seiner Statt erhielt Erzherzog Albrecht den Oberbefehl über die Südarmee. Das (gewiß bösartige) Gerücht will es, dass dem Erzherzog aus dynastischen Interessen das Risiko einer immerhin möglichen Niederlage gegen die preußischen Truppen nicht zugemutet werden konnte.



Ludwig August Ritter von Benedek (1804 - 1881)
Lithograhie von Josef Kriehuber, 1866



Feldmarschall Erzherzog Albrecht von Österreich-Teschen (1817 – 1895)

Die Südarmee besiegte die Italiener am 24. Juni 1866 bei Custozza; selbst die österreichische Marine konnte bei Lissa am 20. Juli 1866 einen eher unerwarteten Sieg gegen die zahlenmäßig überlegene italienische Flotte feiern.



Admiral Tegetthoff und Kommandanten S. M. Flotte in der Seeschlacht von Lissa
Quelle: Von unbekannt - Interessantes Blatt, 19. Juli 1906, S. 5, Bild-PD-alt, https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=8944678



Schlussangriff der Österreicher auf Custozza

Weniger glücklich endete das Zusammentreffen der Nordarmee mit den preußischen Truppen bei Königgrätz am 3. Juli 1866: Sowohl waffentechnische Nachteile wie auch eine ungeschickte taktische Führung ergaben insgesamt eine schwere Niederlage. Benedek wurde abgesetzt; die Truppen der Nord- und Südarmee wurden an der Donau unter dem Befehl von Erzherzog Albrecht versammelt. Am 25. Juli wurden mit Italien und dann am 26. Juli 1866 mit Preußen entsprechende Waffenstillstandsverträge abgeschlossen.



Schlacht von Königgrätz – Gemälde von Georg Bleibtreu



Nach der Schlacht von Königgrätz – Die Batterie der Toten

Venetien musste – wie schon vorher mit Napoleon III. vereinbart, gewissermaßen als Preis für dessen Neutralität – an Italien abgetreten werden, ohne dass damit aber die italienische Frage für die Habsburgermonarchie endgültig gelöst war. Noch verblieben das Trentino und Triest in Händen der Habsburger, weiterhin gab es ca. 600.000 bis 700.000 „unerlöste“ – daher der Name „*Irredenta*“ – Italiener unter habsburgischer Herrschaft, die eine friedliche Nachbarschaft und die spätere Bündnispolitik belasteten.

Bismarck verzichtete auf alle Gebietsgewinne, aber Österreich wurde aus dem Deutschen Bund ausgeschlossen und verlor damit jeden Einfluss auf die „deutsche Frage“.

Diese erneute Niederlage des Kaisers Franz Joseph und der damit verbundene noch stärkere Prestigeverlust führten, ähnlich wie nach dem französisch-piemontesischen Krieg einige Jahre davor, wieder zu innenpolitischen Konsequenzen. Der Ausgleich in und mit Ungarn und der eigentliche Durchbruch des Liberalismus waren letztlich Folge der militärischen Niederlage.

Es muß freilich festgehalten werden, dass entsprechende Verhandlungen zwischen Wien und Budapest bereits seit einiger Zeit geführt worden waren; die Niederlage im „Deutschen Krieg“ erhöhte aber die Dringlichkeit und beschleunigte die Suche nach einem für beide Seiten annehmbaren Kompromiß.



Graf István Széchenyi (1791 – 1860)
Gemälde von Friedrich von Amerling



Ferenc Deák (1803 – 1876)
Der „Architekt des Ausgleichs“



Gyula Graf Andrássy (1823 – 1890)
Ungarischer Ministerpräsident

Formal gesprochen war der Ausgleich ein Vertrag zwischen dem ungarischen König Franz Joseph und Ungarn. Durch den Ausgleich wurde die Habsburgermonarchie zur Doppelmonarchie, zu einem Zusammenschluss zweier unabhängiger Staaten, dem Königreich Ungarn und den „im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern“, inoffiziell auch Cisleithanien oder Österreich genannt. Diese beiden Länder waren in Personalunion verbunden: Franz Joseph war sowohl Kaiser von Österreich etc. als auch apostolischer König von Ungarn. Darüber hinaus gab es eine Realunion der beiden Länder in drei Bereichen: Außenpolitik, Armee und Finanzen (des Gesamtstaates). Dafür wurden drei gemeinsame Ministerien eingerichtet, eines für Äußeres und Kaiserliches Haus, ein Kriegsministerium und eines für Finanzen.

Für die gemeinsamen Finanzen wurde die sogenannte Quote festgelegt, die die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur und damit das unterschiedliche Steueraufkommen der beiden Reichshälften berücksichtigte: Ungarn zahlte 30 Prozent, Cisleithanien 70 Prozent des gemeinsamen Haushalts.

Als unmittelbare Auswirkung (und quasi öffentliche Beurkundung) des Ausgleichs wurden Franz Joseph und Elisabeth 1867 in Budapest gekrönt.



Österreich

+



Ungarn

=>



Österreich-Ungarn

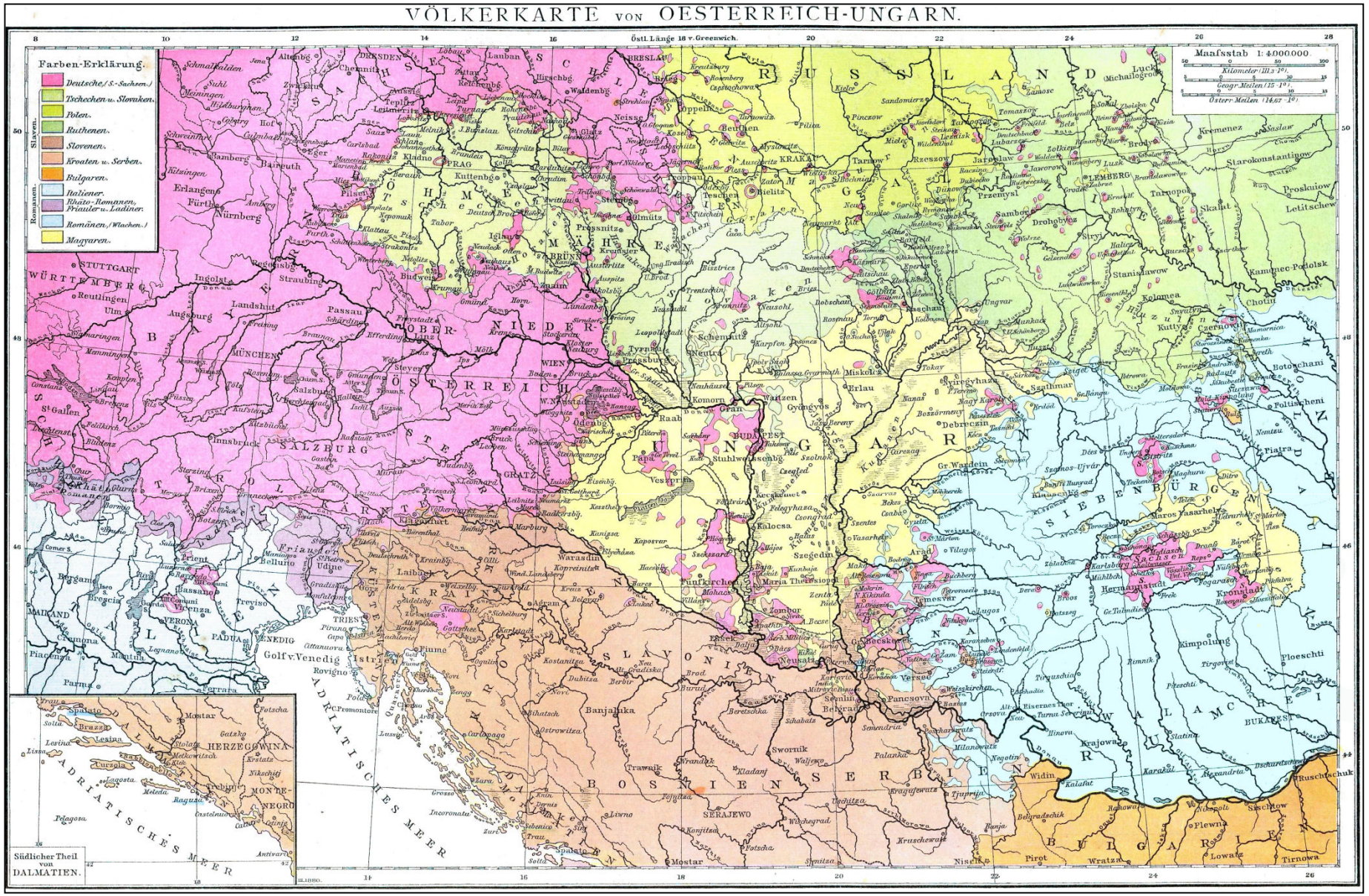


Elisabeth, Königin von Ungarn



Franz Joseph, König von Ungarn

Die Dezemberverfassung 1867 ist formal gesehen die erste nicht vom Kaiser erlassene, sondern vom Reichsrat verabschiedete Verfassung der Monarchie. Als solche kann sie als Abschluß der Phase des Neoabsolutismus gelten, auch wenn der berüchtigte Paragraph 14, der Notverordnungsparagraph, für die Regierung des Kaisers eine Möglichkeit darstellte, zeitweise ohne den Reichsrat zu regieren.



Völkerkarte von Österreich-Ungarn